Nr. 19
41. Jahrgang

Der Schuhmacher

4. Mai
1927

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher
zugleich Publikationsorgan der Zentralkranken- und Sterbekasse der Schuhmacher; Sitz Hamburg 6

Erscheint Mittwochs. Redaktionsschluß: Sonntag
Inserate (nur Berufliches) pro einspaltige Nonpareillezeile 40 Pfennig
Stellenvermittlungsanzeigen die Hälfte

Nürnberg, Essenweinstraße 1
Verantwortlich für die Redaktion: Otto Treffich, Nürnberg
Fernruf 24403 Zahlungen: Postscheckkonto 23080, Exped d. „Schuhmacher"

Für Nichtmitglieder nur Postbezug
Bezugsgeld vierteljährlich RM. 1.50 ohne Bestellgeld
Anzeigenannahme und Expedition: Nürnberg 1, Essenweinstraße 1

Vierter Kongreß
der
„Internationalen Vereinigung der Schuh- und Leder-Industriearbeiter

Laut Beschluß des Zentralkomitees der „Internationalen Vereinigung der Schuh- und Leder-Industriearbeiter" findet der 4. Internationale Kongreß am

17. August und folgende Tage in London

NW. 1 Friends House Euston Road

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Bericht des Sekretärs.
2. „Das Internationale Arbeitsamt und seine Bedeutung für die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung." Referent: E. L. Poulton (London).
3. „Die internationale Streikunterstützung." Referenten: A. E. Gundersen (Oslo), M. Lex (Nürnberg).
4. „Der Achtstundentag und die Ratifikation der Konventionen von Washington." Referent: M. Roux (Paris).
5. Verschiedenes.

Der Vorstand hat beschlossen, den internationalen Kongreß mit der gleichen Anzahl von Delegierten zu beschicken, wie dies auf dem letzten Kongreß in Paris der Fall war. Gemäß dieses Beschlusses wurde auf Grund der Abrechnung vom 4. Quartal 1926 folgende

Wahlkreiseinteilung

vorgenommen:

1. Wahlkreis.

Der 1. Wahlkreis besteht aus dem 1. Bezirk (Nürnberg), 2. Bezirk (Essenbach) und 4. Bezirk (Köln) mit zusammen 16,901 Mitgliedern. Vorsitzender des Wahlkreiskomitees: K. Hölzermann, Nürnberg, Essenweinstraße 1.

2. Wahlkreis.

Der 2. Wahlkreis besteht aus dem 2. Bezirk (Stuttgart) und 9. Bezirk (Pirmasens) mit zusammen 17,754 Mitgliedern. Vorsitzender des Wahlkreiskomitees: Ph. Mittwich, Stuttgart, Neckarstraße 198.

3. Wahlkreis.

Der 3. Wahlkreis besteht aus dem 5. Bezirk (Hamburg) und 7. Bezirk (Erfurt) mit zusammen 16,833 Mitgliedern. Vorsitzender des Wahlkreiskomitees: P. Illmer, Erfurt, Bulowstraße 10.

4. Wahlkreis.

Der 4. Wahlkreis besteht aus dem 6. Bezirk (Berlin) und 8. Bezirk (Dresden) mit zusammen 19,508 Mitgliedern. Vorsitzender des Wahlkreiskomitees: R. Weise, Dresden, Altenbergstraße 6.

Jeder Wahlkreis hat einen Delegierten zu wählen.

Wahlreglement

In jeder Zahlstelle wird ein Wahlkomitee gebildet, welches aus der Ortsverwaltung besteht. Als Vorsitzender fungiert der 1. Bevollmächtigte. Sollte der 1. Bevollmächtigte als Kandidat in Frage kommen, so übernimmt der 2. oder 3. Bevollmächtigte die Funktionen des Vorsitzenden des Wahlkomitees. In den Einzelmitgliedschaften übernimmt der Vertrauensmann die Wahlgeschäfte.

Kandidaten.

Jede Zahlstelle kann nur einen Kandidaten in Vorschlag bringen. Die Aufstellung der Kandidaten hat in einer Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: „Wahl zum 4. Internationalen Kongreß der Schuh- und Leder-Industriearbeiter" zu erfolgen, und zwar in der Weise, daß die von den Mitgliedern gemachten Vorschläge vom Versammlungsleiter der Reihe nach notiert und dann in der Versammlung zur Abstimmung gestellt werden. Die Abstimmung ist geheim und hat per Stimmzettel zu erfolgen.

Als Kandidat vorgeschlagen gilt derjenige, welcher die Mehrheit der an der Abstimmung beteiligten Mitglieder erhalten hat.

Hat eine Zahlstelle in einer Mitgliederversammlung zu den Vorschlägen Stellung genommen, so sind neue Vorschläge nur dann zulässig, wenn aus wichtigen Gründen ein Rücktritt erfolgt und vor dem Endtermin des Abschlusses der Kandidatenliste ein Ersatzvorschlag gemacht wird.

Sämtliche Zahlstellen und Einzelmitgliedschaften müssen ihre Wahlvorschläge bis spätestens den

31. Mai

an den Vorsitzenden des zuständigen Wahlkreiskomitees eingereicht haben. Später einlaufende Wahlvorschläge können nicht berücksichtigt werden.

Der Vorsitzende des Wahlkreiskomitees hat die eingereichten Vorschläge sofort zu einer Vorschlagsliste zusammenzustellen und diese auf weißes Papier drucken zu lassen. Die gedruckten Vorschlagslisten müssen sämtlichen zum Wahlkreis gehörigen Verwaltungsstellen bis spätestens zum

10. Juni

zugesandt werden.

Verwaltungsstellen, welche bis zu diesem Tage die Vorschlagslisten noch nicht erhalten haben, haben dies sofort dem Vorsitzenden des Wahlkreiskomitees mitzuteilen, damit die Listen sogleich nachgesandt werden können.

Wahl der Delegierten

Wahlberechtigt ist jedes Mitglied, welches mit seinen Beiträgen nicht länger als vier Wochen im Rückstand sich befindet, ohne daß ihm dieselben gestundet wurden. Die gleiche Bestimmung gilt auch für die Wählbarkeit als Delegierter.

Wahlen kann jedes Mitglied nur in der Verwaltungsstelle, wo es zur Zeit der Wahl in die Mitgliederliste eingetragen und sich durch das Mitgliedsbuch legitimiert; gewählt können jedoch auch solche Mitglieder werden, die einer anderen Zahlstelle angehören.

Auf der Reise befindliche Mitglieder können in der Verwaltungsstelle wählen, in welcher sie sich am Wahltage befinden, jedoch ist in der Wählerliste hinter ihrem Namen der Vermerk „auf der Reise" einzutragen.

Die Wahl

ist geheim und hat mittels Stimmzettel zu erfolgen.

Als Stimmzettel sind nur die vom Wahlkreiskomitee bzw. vom Wahlkreiskomitee versandten gedruckten Vorschlagslisten zulässig. Von der Verwaltungsstelle sind diese Stimmzettel vorher mit dem Ortsstempel zu versehen.

Jedes Mitglied, welches zur Wahl in der für dieselbe festgesetzten Zeit erscheint, erhält einen solchen Stimmzettel. Der Wähler hat von den auf dem gedruckten Stimmzettel befindlichen Namen nur einen Namen stehen zu lassen und alle übrigen zu streichen, da nur ein Kandidat zu wählen ist.

Wahlbezirke.

In allen Zahlstellen können zum Zwecke der Stimmabgabe mehrere örtliche Wahlbezirke gebildet werden. Für jeden derartigen Bezirk ist ein Wahllokal nach Möglichkeit ein Nebenzimmer, welches nicht dem allgemeinen Wirtshausverkehr dient, zu bestimmen und ein aus drei Mitgliedern bestehender Wahlvorstand zu ernennen. Die Entscheidung darüber, wieviel Wahllokale bestimmt werden sollen, ferner über die Personen, welche den Wahlvorstand bilden, erfolgt in derjenigen Mitgliederversammlung, in welcher die Kandidaten vorgeschlagen werden.

Die Einteilung in Wahlbezirke und die dazugehörigen Wahllokale sind den Mitgliedern in geeigneter Weise, mindestens eine Woche vor Stattfinden der Wahl, bekanntzugeben.

Die Wahl muß an einem der Tage vom

19. bis 26. Juni

je einschließlich vorgenommen werden. Tag, Zeit und Dauer der Wahlhandlung werden vom Wahlvorstand unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse festgesetzt. In Zahlstellen, in welchen die Wahl an einem Sonntage vorgenommen wird, darf die Wahlhandlung nicht vor 10 Uhr früh beginnen und muß spätestens um 4 Uhr nachmittags beendet werden. In Zahlstellen, in welchen die Wahl an Werktagen vorgenommen wird, muß der Wahlakt spätestens 10 Uhr abends beendet werden.

Im Wahllokal oder in der Nähe desselben darf keinerlei Beeinflussung eines Wählers zugunsten eines Kandidaten vorgenommen werden. Geschieht dies trotzdem und wird es vom Wahlvorstand nicht verhindert, so kann die Wahl in der betreffenden Zahlstelle bzw. in dem Wahllokal für ungültig erklärt werden. Auch dürfen während derjenigen Zeit, welche für Abgabe der Stimmzettel festgesetzt wurde, keinerlei andere Erörterungen, auch nicht über Verbandsangelegenheiten, stattfinden.

Die Wahlhandlung

wird in allen Orten, in welchen mehrere Wahllokale bestimmt werden, von dem in der betreffenden Versammlung hierzu ernannten Wahlvorstand, in Orten, in welchen die Wahl nur an einem Wahllokal erfolgt, von der Ortsverwaltung, welche sich als Wahlvorstand konstituiert, geleitet.

Ein Mitglied des Wahlvorstandes leitet die Wahl, nimmt die Stimmzettel entgegen und legt dieselben in einen zu diesem Zwecke bereitgestellten Behälter und führt die Aufsicht im Wahllokal. Ein anderes Mitglied prüft das als Legitimation vorzeigende Mitgliedsbuch, macht in dasselbe auf der letzten Seite den entsprechenden Eintrag und läßt jeden Wähler seinen Namen in eine zu diesem Zwecke aufgelegte Wählerliste eintragen. Das dritte Mitglied fungiert als Beisitzer, übt die Kontrolle, ist bei etwaigem starkem Andrang behilflich und übernimmt die zeitweilige Vertretung eines der beiden anderen. Aus banaler Zeit darf sich kein Mitglied des Wahlvorstandes aus dem Wahllokal entfernen; zu jeder Zeit müssen mindestens zwei Mitglieder des Wahlvorstandes anwesend sein.

Beginn der Wahlhandlung.

Der Beginn der Wahlhandlung muß zu der hierfür festgesetzten Zeit pünktlich erfolgen und ist den schon anwesenden Mitgliedern durch eine Erklärung, daß die Wahlhandlung beginnt, mitzuteilen.

Jeder Wähler muß, nachdem er die entsprechende Anzahl der auf dem Stimmzettel zuviel enthaltenen Namen gestrichen hat, diesen selbst zusammenfalten und nach erfolgter Legitimation durch das Mitgliedsbuch und Eintragung in die Wählerliste seinen Stimmzettel dem Wahlleiter übergeben.

Der Wahlleiter hat sich zu überzeugen, daß nur ein Stimmzettel abgegeben wurde und denselben ungefaltet in den Behälter zu legen.

Beendigung des Wahlaktes.

Der Wahlakt muß zu der hierfür festgesetzten Zeit beendigt werden. Ein früherer Schluß des Wahlaktes ist nur dann zulässig, wenn nachweislich alle Mitglieder der betreffenden Mitgliedschaft

Weltwirtschaftskonferenz und Arbeiterschaft

Von Wilh. Eggert, Delegierter zur Weltwirtschaftskonferenz

Als die sechste Völkerbundsversammlung sich für die Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz entschloß, ließ sie sich von dem Gedanken leiten, „die Natur der internationalen Wirtschaftsstörungen zu untersuchen und die besten Mittel aufzuzeigen, um diese zu überwinden und Konflikte zwischen den Völkern zu vermeiden." In diesen weitgefaßten Rahmen spannt sich die Tagesordnung der Konferenz. Was während des Krieges und in der Nachkriegszeit störend in die Weltwirtschaft eingedrungen ist, das soll die Konferenz, entsprechend der Zielsetzung durch den Völkerbund, bloßlegen und Mittel der Beseitigung aufzeigen. Wie wird nun die Konferenz diese geschichtliche Aufgabe lösen und welche besonderen Fragen ergeben sich für die Gewerkschaften?

Ein Hauptpunkt steht natürlich im Vordergrund. Das ist die Stabilisierung aller Währungen. Die arbeitende Klasse, Dulder und Opfer der Währungserschütterungen, muß Bürgschaft für feste Währungsverhältnisse in der Welt fordern. Das unberechenbare Element der Unruhe, wie es durch die Möglichkeit von Währungserschütterungen gegeben ist, muß aus der Weltwirtschaft verschwinden. Eine Garantie hierfür könnte durch Vereinbarungen und methodische Zusammenarbeit der Zentralnotenbanken der Wirtschaftsmächte sehr wohl geschaffen werden. Man darf sich aber über die Schwierigkeiten einer solchen Aktion nicht täuschen. Sie zeigten sich schon bei den Beratungen im Vorbereitenden Ausschuß für die Weltwirtschaftskonferenz. Besonders sind es die einzelnen Länder, welche sich in das Recht ihrer Finanzhoheit und Finanzgebarung von niemandem hineinreden lassen wollen. Voraussetzung, daß die Konferenz gründlich mit dem Operationsmesser dem Währungsübel zu Leibe geht, bleibt immerhin die Frage offen, ob die einzelnen Länder hier, wie es notwendig ist, mittun werden.

Zugänglicher scheinen die Länder, wenigstens einige von ihnen, einer Bekämpfung des üppig wuchernden Protektionismus. Aber auch hier wird es sich nur um Vorarbeiten handeln können und diese werden nach der Festigung der Währung bei der Schaffung eines einheitlichen internationalen Zolltarifschemas beginnen müssen. Die Zolltarife Europas unterscheiden sich heute in ihrem Aufbau und in ihrer Gliederung durchaus. Noch vielgestaltiger und wirrer ist das Bild der Zolltarife der Welt. Durch ein einheitliches Zolltarifschema wird man unendlich Schwierigkeiten beseitigen. Ja nun die einzelnen Länder darauf schwören, daß ihr eigenes Schema das allein beste ist, darf man auch hier die Hoffnungen nicht allzu hoch spannen. Im Zusammenhang mit dem einheitlichen Zolltarifschema müßten einheitliche Zollvorschriften vereinbart und Richtlinien für den allmählichen Abbau der Zölle festgelegt werden. Wir glauben allerdings nicht, daß der Zollabbau selbst beim besten Willen aller Beteiligten schnell durchzuführen ist. Selbst von der Interessensphäre der arbeitenden Klassen, deren wirtschaftliche Organisationen, die Gewerkschaften, für das Prinzip des Freihandels kämpfen, aus betrachtet, muß der Zollabbau experimentell erfolgen, um ein Wirtschaftschaos zu verhüten, das schlimmer wäre als der Zollprotektionismus. Vermutlich wird die Konferenz allgemeine Richtlinien dieser Art aufstellen. Vielleicht auch dürfte sie Konventionen der mitteleuropäischen Länder empfehlen. Jede dahingehende Arbeit wird von den Gewerkschaftsvertretern auf der Konferenz lebhaft unterstützt werden. Lassen doch alle diese Anfangsarbeiten auf dem Wege der internationalen Arbeitsteilung und Wirtschaftsverständigung, denen die wirtschaftliche Tätigkeit der Gewerkschaften gewidmet ist.

Die Konferenz wird selbstverständlich an dem Arbeitslosenproblem in den europäischen Ländern nicht vorbeigehen können. Es gibt merkwürdigerweise Wirtschaftswissenschaftler, die sagen, die Gewerkschaften seien durch die Hochhaltung der Löhne und Gehälter schuld an der Wirtschaftskrise und der Erwerbslosigkeit. Sie behaupten, weil die Gewerkschaften Löhne und Gehälter hochhalten, können die Preise nicht sinken, die Erzeugnisse nicht konsumiert werden, die Wirtschaftskrise nicht ablaufen und das Millionenheer der Erwerbslosen nicht in die Betriebe zurückgebracht werden. Diese Lehre übersieht unbegreiflicherweise den Umstand, daß trotz des Sinkens der Produktionskosten infolge einer gigantischen Rationalisierung die Preise im allgemeinen hoch geblieben sind. Sie übersieht vor allen Dingen die Wirkung der Preiskartelle in den einzelnen Ländern. Gerade dieser Umstand dürfte zu Kontroversen auf der Konferenz führen. Für die Gewerkschaften bleibt aber das Erwerbslosenproblem in erster Linie ein Problem der staatlichen Fürsorge jedes Landes. In den einzelnen Ländern müssen Preise und Realeinkünfte der Verbrauchermassen, müssen Produktion, Leistung und Arbeitszeit in Einklang gebracht und ausgeglichen werden. Gewiß kann durch internationale Hilfsmaßnahmen auf dem Gebiet der Freizügigkeit und des Niederlassungsrechts die Erwerbslosigkeit gemildert, aber nicht endgültig beseitigt werden. Sie bleibt das einzelstaatliche Problem, dessen Lösung in den Ländern erkämpft werden muß.

An der internationalen Kartellierung sehen die Gewerkschaften eine weitere privatkapitalistische Entwicklungsphase. Sie ist doch nur der Ausdruck dafür, daß gewisse einzelstaatliche Industriezweige in die Weltwirtschaft hineinwachsen. Der Privatkapitalismus, der jahrzehntelang die internationale Arbeiterbewegung bekämpft hat, tritt nun selbst auch organisatorisch aus dem Rahmen nationaler und kontinentaler Grenzen hinaus in den breiteren Rahmen der Weltwirtschaft. Die Gewerkschaften wollen eine solche Entwicklung nicht hindern. Sie haben aber auch keinen Anlaß, sie zu fördern. Wo sich aber diese Entwicklung vollzieht, fordern die Gewerkschaften eine ständige Aufsicht internationaler Kartellvereinbarungen, die sich auf den einzelstaatlichen Kontrollämtern gegenüber monopolistischen Unternehmerorganisationen zweckmäßig aufbauen muß. Zum mindesten muß mit der Kontrolle internationaler Kartelle zugleich die Kontrolle monopolistischer Unternehmungen in den einzelnen Ländern organisiert werden.

Die Konferenz wird in ihrer weiteren Zielsetzung nur dann Erfolg haben, wenn sie keine vorübergehende Erscheinung bleibt und für die Bearbeitung weltwirtschaftlicher Streitfragen eine dauernde Organisation schafft, einen Verwaltungsorganismus unter der Oberhoheit des Völkerbundes, der seine Arbeiten im einzelnen ergänzt und endgültig durchführt. Wir sehen so weit, die Schaffung eines solchen internationalen Wirtschaftsorgans für die allerwichtigste Aufgabe der Weltwirtschaftskonferenz zu bezeichnen. Es hatte über die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Welt zu wachen, die Produktions- und Handelsstatistiken zu fördern, den Gedanken der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter den Völkern zu pflegen und die Vermittlung des Ausgleichs handelspolitischer Konflikte der Länder zu übernehmen. Gleich dem Internationalen Arbeitsamt mit seinen Arbeitskonferenzen müßte das Internationale Wirtschaftsamt in periodischen Konferenzen die letzten wirtschaftlichen Probleme erörtern und ihre Lösung anstreben. Die Weltwirtschaftskonferenz wird einen Sinn und Zweck haben, wenn sie so den Beginn der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit einleitet. Das Tempo einer solchen Zusammenarbeit – dieses Wort richtet sich besonders an die Arbeiterschaft – wird nicht von der Weltwirtschaftskonferenz, oder von einem künftigen Wirtschaftsamt bestimmt, sondern von den lebendigen und organisierten Kräften der Wirtschaft in den einzelnen Ländern.

schon gewählt haben. Nach Schluß des Wahlaktes dürfen unter keinen Umständen noch Stimmzettel entgegengenommen werden.

Das Wahlresultat

muß unverzüglich, sobald der Vorsitzende des Wahlvorstandes den Vorsitz für geschlossen erklärt, von dem Wahlvorstand zusammengestellt werden. Zunächst wird aus der Wählerliste die Zahl der zur Wahl Erschienenen festgestellt. Sodann werden die abgegebenen Stimmzettel gezählt, und erst, wenn dies geschehen, die Stimmzettel geöffnet und die auf jeden einzelnen Kandidaten entfallenen Stimmen festgestellt.

Ungültige Stimmzettel.

Alle Stimmzettel, welche unbeschrieben sind, oder mehr als einen Namen enthalten, oder Namen enthalten, welche nicht vorgeschlagen sind, oder nicht mit dem Ortsstempel versehen sind, sind für ungültig zu erklären.

Wahlprotokoll.

Ueber die Wahlhandlung und das Ergebnis derselben ist ein Protokoll aufzunehmen und vom Wahlvorstand zu unterzeichnen. Das Protokoll muß enthalten:

Angaben über Beginn und Ende des Wahlaktes und wann der Schluß von der hierzu festgesetzten Zeit erfolgte, die Angabe des Grundes. Die Angabe über die Bekanntgabe der Kandidaten, die in die Wählerlisten eingetragenen Wähler, über die Zahl der im ganzen abgegebenen und auf die einzelnen Kandidaten entfallenen, sowie der ungültigen Stimmen und bei letzteren auch der Grund der Ungültigkeitserklärung.

Etwaige, während des Wahlaktes vorgekommene Beschwerden sind im Protokoll aufzunehmen und anzugeben, ob und in welcher Weise der Wahlvorstand dagegen Beschwerde vorgegangen ist.

Das Protokoll muß mit dem Datum des Wahltages und den Unterschriften des Wahlvorstandes versehen werden.

Nach Feststellung des Wahlresultates und Aufstellung des Protokolls sind Protokoll, Wählerliste und Stimmzettel in einem Briefumschlag zu legen, zu verschließen und mit der Bezeichnung der Wahlabteilung und des Wahlbezirks versehen, der Ortsverwaltung sofort zu übersenden.

Einsendung des Wahlresultats an das Wahlkreiskomitee.

Die Zusammenstellung des Wahlergebnisses muß nach der letzter Wahl in einer Sitzung der Ortsverwaltung sofort vorgenommen und das Wahlresultat nebst Wählerliste, Protokoll und Stimmzettel möglichst am nächsten Tage, spätestens aber

bis zum 1. Juli

direkt an den zuständigen Vorsitzenden des Wahlkreiskomitees eingesandt werden, und zwar von allen Orten, die zum 1. Wahlkreis gehören, an E. Hollermann (Nürnberg), von allen Orten des 2. Wahlkreises an Ph. Mittnacht (Stuttgart), von allen Orten des 3. Wahlkreises an P. Altner (Erfurt) und von allen Orten des 4. Wahlkreises an A. Weiß (Dresden). Das Mandat ist gut zu verschließen und mit dem Vermerk „Wahlresultat" zu versehen.

Die Zusammenstellung des Wahlresultats durch das Wahlkreiskomitee

erfolgt in einer besonders hierzu einberufenen Sitzung, welche spätestens am

5. Juli

stattfinden hat. In dieser Sitzung werden die eingegangenen Wahlresultate geprüft und zusammengestellt. Sowen gegen das vorliegende Wahlresultat berechtigte Kunde, müssen die betreffenden Stimmzettel, eventuell auch das ganze Wahlresultat des betreffenden Wahlbezirks für ungültig erklärt werden.

Im letzteren Falle ist das gesamte Material sofort dem Hauptvorstand zur endgültigen Entscheidung zu übersenden.

Als gewählt gilt derjenige Kandidat, welcher die absolute Mehrheit aller in dem betreffenden Wahlkreise abgegebenen gültigen Stimmzettel auf sich vereinigt hat. Hat keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmzettel erreicht, so ist Stichwahl erforderlich. Etwaige Stichwahlen werden vom Vorstand angeordnet.

Wahlergebnis.

Das Gesamtergebnis der Wahl in den einzelnen Wahlkreisen muß vom Wahlkreisleiter unter Beifügung der Wahlprotokolle aus den Zahlstellen und Einzelmitgliedschaften sofort nach Zusammenstellung, jedoch spätestens bis

8. Juli

an den Zentralvorstand eingesandt werden. Später eingehende Wahlprotokolle finden keine Berücksichtigung mehr. Die Wahlresultate werden im „Schuhmacher" seitens des Zentralvorstandes veröffentlicht.

Wahlproteste.

Eventuelle Wahlproteste müssen mit ausführlicher Begründung spätestens innerhalb 7 Tagen nach Bekanntgabe des endgültigen Wahlresultates an den Zentralvorstand eingesandt werden. Empfehlungen von Mandidaten werden im „Schuhmacher" nicht aufgenommen.

Anträge.

Anträge an den Internationalen Kongreß sind bis spätestens

1. Juli

an den Zentralvorstand einzusenden, da solche nur von den Zentralen der einzelnen Landesorganisationen gestellt werden können.

Der Zentralvorstand

Vorstoß gegen die Allgemeinverbindlichkeit des Reichslohntarifs

Eine Gruppe von Zwangsverbänden Nordwestdeutschlands hat es unternommen, sich an die Reichsarbeitsverwaltung zu wenden mit dem Antrage von einer Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Reichstarifes für die Schuhindustrie abzusehen. Die betreffenden Schuhfabrikanten arbeiten dabei mit Angaben, die **auf keinen Fall als richtig und zutreffend angesehen werden können.**

Das an die Reichsarbeitsverwaltung gerichtete Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Zwangsverband Arbeitgeber-Verband für Hildesheim u. Umgegend.	Hildesheim, 19. April 1927. Am Steen 14.

Betrifft: Reichstarifvertrag für die Schuhindustrie.

Namens der Schuhfabrikanten

Helmut Bühner, Heinr. Meyers, Gustav Hoffmann, H. Ch. Meier, F. Schmackendorf, Heinr. Barpard, Wilh. Loose, J. H. Maad, sämtlich in Schuhvereinigen, Carl Muckenscher & Sohne Herzl, Oldendorf, H. Aickert, Barmstedt, Martin Wendel, Glückstadt, Pigge & Marquardt, Hameln, Gustav Schuhfabrik G. m. b. H., Göttingen, „Norddeutsche" G. m. b. H., Hildesheim

erteile ich, durch Vollmachten legitimiert, gegen die beantragte Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Reichstarifvertrages für die Schuhindustrie vom 12. März 1927 Einspruch mit dem Antrage,

die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des genannten Reichstarifvertrages nicht auszusprechen, eventuell aber diejenigen Betriebe, in denen sich oben angeführte Orte befinden, bei der Allgemeinverbindlichkeitserklärung auszuschließen.

Zur Begründung dieses Antrages gilt folgendes:

Sämtliche der obengenannten Firmen, die den am Tarifvertrag beteiligten Arbeitgeberverbänden nicht angehören bzw. ihren Austritt vorgenommen haben, halten die Regelung der Lohn und Arbeitsbedingungen in der Deutschen Schuhindustrie durch einen Reichstarifvertrag für unzweckmäßig, weil der Reichstarifvertrag nur auf einige wenige große Schuhfabriken zugeschnitten ist und die Verhältnisse der Schuhfabriken in der Provinz, insbesondere aber diejenigen mittlerer und kleinerer Betriebe völlig unberücksichtigt läßt.

Die rein gefühlsmäßige Einreihung der Provinzstadte in die verschiedenen Ortsklassen hat bewirkt, daß nahezu in allen in Betracht kommenden Orten die von den Schuhfabriken zu zahlenden Löhne — obwohl die Schuhfabrikationsarbeiter gegenüber den übrigen Arbeiterkategorien, in der Minderheit sind — regelmäßig weit über dem allgemeinen Ortslohnniveau liegen und stets einen Anlaß abgeben, daß von den Gewerkschaftsvertretern bei stattfindenden Lohnverhandlungen immer wieder auf die hohen Schuhfabrikationslöhne verwiesen wird. Es liegt auf der Hand, daß ein derartiger Zustand nicht geeignet ist, Die Ruhe in den Betrieben zu erhalten und geordnete Lohnverhandlungen zu führen.

Es ist keine Seltenheit, daß die Schuhfabriken 20 bis 25 Prozent mehr für ihre Arbeiter zahlen müssen, als lokqualifizierte Handwerker und Arbeiter am Platze verdienen.

Zu den obengenannten Schuhfabriken werden zum großten Teile nur Arbeitsschuhe, die mehr oder weniger von der minderbemittelten Bevölkerung getragen werden, hergestellt. Die Preise, die hierfür bezahlt werden können, sind naturgemäß außerordentlich gedrückt, so daß es für diese Schuhfabrikanten ein Gebot der Notwendigkeit ist, außerst genau zu kalkulieren und jede überflüssige Belastung zu vermeiden. Eine derart überflüssige Belastung ist aber ein Lohnstand, der sich, wie oben angeführt, weit über das allgemeine Lohnniveau heraushebt.

Der beanstandete Reichstarifvertrag hat lediglich die Interessen der Großbetriebe und solcher Schuhfabriken berücksichtigt, die Luxusschuhwaren herstellen. Diese einseitige Einstellung hat dazu geführt, daß nicht nur die eben angeführten Schuhfabriken, sondern nahezu die gesamten mittleren und kleineren Betriebe mit der reichstariflichen Regelung bestimmt unzufrieden sind.

(Unterschrift.)

Dieses Schreiben ist eine Herausforderung. Wir sagen es rund heraus, daß es nur von der Absicht diktiert sein kann, auf Kosten schlechter Arbeitslöhne den tarifreuen Arbeitgebern Schmutzkonkurrenz zu machen.

Es ist eine ganz unverschämte Behauptung, wenn gesagt wird, der Reichstarifvertrag sei nur auf einige wenige große Schuhfabriken und nur auf die Luxusschuhfabrikation zugeschnitten. Das ist nicht richtig. Seine Lohne sind vielmehr einmal nach Ortsklassen, dann nach Geschlechtsklassen und weiterhin nach Altersklassen weitgehend abgestuft, um den verschiedenen Verhältnissen gerecht zu werden. Der Tarif hat sich nach mehrjährigem Bestand auch den Verhältnissen angepaßt und ist sich für alle Zweige der Industrie, Hausschuhfabriken, Kinderschuhe, Arbeitsschuhe umgerissen, vollauf bewährt.

Offenbar unrichtig ist weiter die Behauptung, daß die Einreihung in die Ortsklassen rein gefühlsmäßig vorgenommen worden sei. Die Einreihung und Nachprüfung erfolgte vielmehr zu wiederholten Malen durch Einsetzung einer besonderen Kommission unter Beziehung des Materials, welches für die Ortsklassenreinteilung der Reichsarbeitsverwaltung maßgebend ist, wie auch unter Beziehung sämtlicher von beiden Tarifparteien vorgebrachten Materials. Im übrigen steht der Reichstarif in seinem § 8 ein Verfahren vor, nach welchem Ortsklassenverschiebungen vorgenommen werden können, wenn sich die Lebensverhältnisse in den betreffenden Orten im Verhältnis zu anderen Orten gleicher Ortsklasse erheblich geändert haben. Natürlich liegt die Beweislast, eine solche Aenderung den Antragstellern ob. Diesen Weg Unterlagen beizubringen, sind die obigen Fabrikanten angewiesen. Durch andere Mittel, durch Austritt aus der Fabrikantenorganisation und dergleichen möchten sie versuchen, von der Tarifbindung loszukommen.

Nach Kenntnis der Sachlage bestreiten wir ganz entschieden, daß für die fraglichen Orte und Fabriken ein Grund zur Veränderung vorliegt. Die größere Zahl der genannten Fabriken, nämlich die in Schuhvereinigen, sind in die allerniedrigste Ortsklasse eingereiht, die anderen sind in den mittleren und nicht ein einziger in der höchsten Ortsklasse. Ganz unzutreffend ist auch das Argument, der Tarifsohn behindere die Wettbewerbsfähigkeit, da einzelne Fabriken dabei sind, die Arbeitsschuhe herstellen. Arbeitsschuhe werden auch an anderen Plätzen hergestellt von Unternehmern, die ebenfalls den Tarifsohn zahlen und zahlen haben. Die Preisbildung für Arbeitsschuhe hängt im wesentlichen davon ab, daß diese Artikel Massenware sind und deshalb die Arbeiter ein entsprechend vergrößertes Arbeitspensum herausbringen müssen.

Die Reichsarbeitsverwaltung würde den größten Fehler begehen, wenn sie dem Ansinnen der Fabrikanten, die betreffenden Fabriken aus der Allgemeinverbindlichkeit herauszunehmen, stattgeben wollte. Die Behauptung von den schlechteren Verdienstmöglichkeiten in anderen Berufen zieht nicht. Statistische Nachweisungen beweisen vielmehr, daß die Schuhfabrikarbeiter im Tarifsohn noch sehr hinter anderen Berufen zurückstehen. Zu einem richtigen Vergleich wären die Jahresarbeitsverdienste heranzuziehen, d. h. die Perioden der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen, unter denen die Schuhfabrikarbeiter zu leiden haben. Jeder Beruf erkämpft sich übrigens die ihm angemessene Bezahlung. Eine allgemeine Gleichheit hat es niemals gegeben. Man darf die qualifizierte Leistung eines Maschinenarbeiters oder einer Stepperin in einer Schuhfabrik auch nicht mit jeder einfachen Arbeitsverrichtung vergleichen. Durch Zeitungsinserate u. dergl. werden in der Schuhindustrie die Arbeitskräfte oft weit her geholt.

Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß das Vorgehen der Herren Fabrikanten, die diese Eingabe gemacht haben nur von Eigennutz diktiert ist. Mit besonderer Entrüstung wird es bei den Arbeitern aufgenommen werden, daß die Unternehmer gegen eine ganz minimale Lohnaufbesserung anrennen, die doch ausschließlich als Abgeltung für die eingetretene Mietpreiserhöhung gilt. Die Herren sollen aber nicht glauben, daß, wenn sie mit ihrem Wunsche durchdringen würden, die Sache dann für die Arbeiterschaft erledigt wäre. Damit eine unreelle Konkurrenz vermieden wird, wurde der Tarifvertrag geschaffen. Wir können den Herren heute schon versichern, daß die gesamte deutsche Schuharbeiterschaft die Kollegenschaft decken wird, bei der solche ungerechtfertigte Lohndruckereien in Aussicht genommen wurden. In diesem Falle kämpft die Arbeiterschaft der Schuhindustrie für ihr gutes Recht.

Das Batasche Antreib- und Ausbeutungssystem

Durch die Arbeiterpresse geht folgender Artikel, der die unwürdigen Verhältnisse bei Bata in neuer abschreckender Beleuchtung zeigt:

„Bei der Durchführung der Rationalisierung in Deutschland werden vom Unternehmertum eine Anzahl von Betrieben im Au-

Allgemeine Umgruppierung für den nächsten Krieg

Das Spiel der Diplomatie

(JOGB.) Als der Vertrag von Versailles unterzeichnet war, glaubten selbst die eifrigsten Militaristen an einen langen Frieden. Deutschland war entwaffnet und die Siegerstaaten schworen sich ewige Freundschaft. Wie beim Abschluß der Heiligen Allianz wurde ein so umfassendes und durch vierjährige Waffenbrüderschaft „geheiligtes" Bündnis der mächtigsten Länder der Erde als die beste Friedensgarantie betrachtet. Zwar jetzt bleibt jedoch von der ganzen großen und bei jeder Gelegenheit kleinen Entente so gut wie nichts übrig.

Wenn man den Balkan als eine Bombe betrachtet, deren Explosion wieder den Beginn eines neuen Krieges bedeuten kann, so stellen sich die Dinge zur Zeit so dar, daß sich alle Großmächte ohne irgendwelche Rücksicht auf frühere oder neuere Bündnisse um die Zündschnur balgen. Selbst Schaum und Pfeifige werden zugunsten dieses wichtigen Objekts in den Wind geschlagen: Daß Italien, das sich ja meistens nach dem neuen „Stabbad" kehrt und deshalb auch die Feindschaft auf dem Balkan eröffnet hat, Albanien als Sprungbrett gesichert und nun Rumänien durch Gutheißung der Annexion Bessarabiens und die Gewährung einer Anleihe von 300 Millionen Lire zu seinem Bundesgenossen gemacht hat, hat den energischen Protest Rußlands über diesen „unverschämten Raub" hervorgerufen. Gleichzeitig spricht man jedoch von einer deutschen Vermittlungsaktion zwischen Rußland und Rumänien, die darauf hinauslaufen soll, daß sich Rußland eigentlich doch gern mit Rumänien vertragen und einen Nicht-Angriffsvertrag mit ihm abschließen möchte. Trotzdem Griechenland schon offiziell von England „mit Beschlag belegt" ist, weil es Frankreich nicht unter seiner Wurde, seinen neuen Gönnerin eine pompöse Rede über die griechisch-französische Gönnerschaftsschaft halten und sich für ein griechisch-jugoslawisches Bündnis aussprechen zu lassen, was die Griechen verschmähte, da sie durch England zu einer italienerfreundlichen Politik gehalten sind und Italien, das nun plötzlich Jugoslawien Kriegsvorbereitungen bevorzugt, bekanntlich schon seit langem auf einen Krieg gegen Jugoslawien hinzielt. Die großaufgemachte Note Italiens über die Rüstungen in Jugoslawien und die beruhigenden Meldungen aus Jugoslawien und England sind gleich theatralisch und verlogen. Wenn auch Italien und Jugoslawien aus naheliegenden Gründen vielleicht nicht an einen sofortigen Krieg denken, so hat dieser ganze „Theatralarm" auf alle Fälle den Zweck, die Dinge so weit zu treiben, daß sich nun jeder endgültig auf den einen oder anderen Partner festlegen, so daß die Karten ein für allemal gemischt sind und das Spiel im günstigsten Augenblick beginnen und sich dann jeder damit brüsten kann, daß er es die Welt vorher warnte und es nun zu spät sei und die Waffen entscheiden müssen.

Was Jugoslawien betrifft, das mit Frankreich einen Bündnis- und Freundschaftsvertrag unterhält, so lassen gewiß: Blätter keinen Tag vorbeigehen, ohne ihrem Hoß auch gegenüber Griechenland Ausdruck zu geben. Durch seine neue Freundschaft kommt Rumänien in eine Reihe mit Ungarn und Bulgarien, mit denen sich Italien ebenfalls gut zu stellen versucht. Auch in Bulgarien hat England bereits seine Hände im Spiel. Darauf deutet außer der von England begünstigten Verteidigung Bulgariens gegen Jugoslawien eine Nachricht der Sofiaer „Zora" betreffend die Verhandlungen über eine 500 Millionen-Anleihe hin, die zwischen Bulgarien und einem englischen Bankier eingeleitet wurden und demnach seitens des Gouverneurs der bulgarischen Nationalbank in London vorbereitet werden sollen. Wenn man bedenkt, daß das den Italienern ausgelieferte Rumänien früher der treue Freund des nun mit Italien auf gespanntem Fuß lebenden Frankreich war und daß sowohl Ungarn als auch Bulgarien ihre außenpolitischen Hoffnungen eigentlich nur auf Kosten Rumäniens verwirklichen können, so kann man sich von der Verwickeltheit der neuen Konstellation und den damit verbundenen Gefahren einen Begriff machen. Was die Türkei betrifft, so haben die englisch-italienischen Vereinbarungen ebenfalls eine deutliche Spitze gegen dieses Land, das in den letzten Tagen nach dreijährigem Zögern mit plötzlicher Eile einen Handelsvertrag mit Rußland abgeschlossen hat, vorläufig aber noch nicht recht weiß, auf welche Seite es sich schlagen soll und sich deshalb nach deutschem Muster mit der interessierten Frage beschäftigt ob es nicht besser wäre, wenn Rußland mit entsprechenden Rechten in den Völkerbund aufgenommen würde. Inzwischen plant Frankreich zur Demonstration seiner Macht und Freundschaft einen Flottenbesuch in Konstantinopel, wie überhaupt zur Zeit das ganze Mittelmeer eine Art Flottenkommandatiensvorplatz ist. Es ist klar, daß man sich bei so verworrenen Verhältnissen und einer Hochflut von Intrigen auf das Schlimmste gefaßt machen muß.

Zeiget aber das „Wetterleuchten" Europas. In Europa selber sind wir bereits so weit, daß es Frankreich für nötig hält, für seine Verteidigung unglaubliche Milliarden auszugeben. Daß Frankreich schon heute wieder ziemlich isoliert ist, kann nicht bestritten werden. Daß sich der Großmächte der ehemaligen Entente ihre eigenen Kombinationen zu machen versucht, zeigt am besten ihr Verhalten in China. England erschien im Osten lediglich deshalb als Alleinspieler, weil die Freundschaft mit Japan vorbei ist und die japanische Allianz, obwohl, was sofort eine französisch-japanische Annäherung und ein Zusammengehen von England und Italien zur Folge hatte. All: diese Bundnisse und unproduktiven Freundschaften und Gegensätze werden jedoch von der sich anbahnenden englisch-amerikanischen Verständigung in den Schatten gestellt, wobei der Politik Englands gegenüber Japan eine große Rolle spielt.

Um was es in diesem Falle geht, zeigen die Ausführungen Harvins, des Sprachrohrs der englischen Regierung, der in letzter Zeit seine „schwerwiegende" Worte für den großen amerikanischen Bruder findet. In diesem weltpolitischen Spiel handelt es sich nicht mehr um einzelne Länder, sondern ganz Europa ist dabei eine Schachfigur. Dem bekannten deutschen Professor Erich Obst, der kürzlich der Uebergangung Ausdruck gab, „daß Britannien und sein Reich keinerlei Hoffnung auf Frieden und Fortschritt haben, wenn sie nicht unbestimmt gemeinsame Sache mit den vereinigten Europa der Zukunft machen und einen übergeordneten Bund schaffen", wird seitens des Vorsitzenden der englischen Zeitung Harvins die Antwort zuteil: „Herr Obst unterschätzt gewaltig die Stärke der Bande, die das britische Reich zusammenhalten. Ihre Zahl verkennt er vollkommen den eigentlichen Charakter der heutigen Welt, die Macht der moralischen und praktischen Verbindungen zwischen England und Amerika, ihre gemeinsame Sprache, ihre tausend Bewandtnisse usw."

Harvin hält eine Tradition hoch, wenn er in einem weiteren Europa ein schlechtes politisches Gleichnis für England und Amerika sieht. Die Länder des Kontinents scheinen nun lediglich zur gewaltsamen Zähmung zu sein, um die englischen Kastanien aus dem zusammenbrechenden Europa zu holen.

Aus oben Gesagtem aber deutlich hervor, daß sich die Machtverhältnisse gewaltig verschoben haben und sich eine neue Konstellationsgruppierung bereits deutlich abzeichnet. Weitere Verschiebungen werden erwarten, besonders auch, da Deutschlands Politik ein Rätsel nach allen Seiten ist. Niemand weiß, ob sich Deutschland schließlich entschließt England näher oder nicht, ob es tatsächlich mit Frankreich will oder nicht, ob es Russland mit dem es kürzlich noch Verträge abschloß und dem die Nationalisten Passet zubleiben, eine andere Politik einzuschlagen gedenkt oder nicht, ob es wirklich ernsthaft mit Mussolini zusam-

lande als vorbildlich hingestellt und deren Einrichtungen als besonders arbeiterfreundlich gelobt, um der deutschen Arbeiterschaft die Pille der Rationalisierung zu versüßen. Ford und seine Nachbeter sollen das Ideal eines Industrieunternehmens für die Arbeiterschaft darstellen.

Zur Informierung ihrer Leser, die ausschließlich aus Industriellen bestehen, veröffentlicht nun die „Berliner Börsen-Zeitung" in Nr. 143 einen Artikel „Ein erfolgreiches Arbeitssystem" von P. Michiak, in dem die Absichten der deutschen Industriellen klar entwickelt werden. Die Phrasen von sozialer Befriedigung, Gesundheitspflege nach erfolgter Rationalisierung usw. sind hier fallen gelassen worden. In dem Artikel, der von den Arbeitsmethoden bei der Firma **Bata** in **Zlin** (Tschechoslowakei) handelt, heißt es wörtlich:

„Jeder Arbeiter hat, da die Arbeit vollständig zerlegt ist, täglich eine bestimmte Leistung vorzuschreiben. Es wird von 7 Uhr früh bis 5 Uhr abends mit einer zweistündigen Mittagspause gearbeitet. Wer seine Pensum rascher erledigt, kann früher gehen, wer langsamer arbeitet oder noch nicht genugend eingearbeitet ist, **muß die Mittagspause benutzen, um weiter zu arbeiten,** da sonst seine nachfolgenden Arbeitskollegen durch das Zurückbleiben seiner Leistung in ihrer Arbeit behindert werden. Dadurch, daß ein Arbeiter oder eine Arbeiterin **auf die Produktion des andern wartet,** wird die Leistung des einzelnen von den Arbeitern selbst beaufsichtigt und beschleunigt."

Zu das Arbeitspensum von den Unternehmern aber selbstverständlich von vornherein so hoch angesetzt wird, **daß nur ganz wenige Arbeiter ihr Pensum schaffen können,** bedeutet diese Arbeitsmethode, die die „Berliner Börsen-Zeitung" für die „notleidende" deutsche Industrie zur Steigerung ihrer Profite als besonders geeignet empfiehlt, die raffinierteste Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, die man sich denken kann. Wenn es wirklich den Arbeitern gelingen sollte, durch Eindrillung aller Handgriffe und durch völlige Ausschaltung ihres Denkens während der Arbeitszeit ihr Pensum in kürzerer Zeit zu schaffen, hätten die Unternehmer nichts Eiligeres zu tun, als das Arbeitspensum und damit natürlich auch die Arbeitszeit herauszusetzen. Begründet wurde bisher eine solche Maßnahme noch jedesmal mit der „Rentabilität des Betriebes".

Besonders interessant ist es nun, wie sich die Firma Bata Betriebsspitzel und Antreiber züchtet. Darüber heißt es:

„Nicht nur der Abteilungsleiter, der Meister der einzelnen Produktionsstätten, ist mit am Gewinn beteiligt, sondern auch ein Großteil der übrigen Mitarbeiter. Jeder **Leiter einer Abteilung,** jeder Oberwermalter ist in seinem Saal und Gebäude **fast unumschränkter Herr** . . . Das Selbstbewußtsein dieser Menschen ist deshalb sehr bedeutend. Die Selbstständigkeit findet auch darin ihren Ausdruck, daß es Sache der Meister und Obermalter ist, **ob sie einen Mitarbeiter ihres Betriebes zur Gewinnbeteiligung vorschlagen oder nicht."**

Diese Maßnahme erscheint der schwerindustriellen „Berliner Börsenzeitung" als das Ideal zur Beaufsichtigung der Arbeiterschaft im Betriebe und zur Verhinderung der Pflege des Solidaritätsgedankens.

Selbstverständlich wird in diesem Betriebe nach Akkord entlohnt. Von dem Akkordlohnsatz muß der Arbeiter sämtliche zu seiner Arbeit (die Firma Bata ist eine Schuhfabrik) notwendige Materialien selber kaufen. (Zuzurüstungsmittel? Die Erfindung des Material soll dadurch bis zu zwei Drittel betragen haben.

„In dem ganzen System ist es auch begründet, daß natürlich **eine Abteilung für den Schaden,** den sie durch Nichtlieferung eines Artikels oder sonstwie einer anderen Abteilung verursacht, **voll aufzukommen hat** . . . Da wird es begreiflich, daß diese Leute sich vollständig als selbständige Unternehmer fühlen und **oft die 12 Uhr nachts** und noch später . . . **unter Anspannung aller ihrer Kräfte arbeiten** . . . Am Abend ist in dem Bureau noch um 10 und 12 Uhr nachts ein gleich reger Verkehr der eigenen Angestellten, wie in anderen Betrieben um 12 Uhr mittags."

Da bei den Beamten der Fabrik dasselbe System wie bei der Arbeiterschaft herrscht, da die Beamten ebenfalls um 7 Uhr zu arbeiten beginnen, so ist aus diesem einfachen Satze so schon leicht festzustellen, daß es den Angestellten nicht möglich ist, ihr vorgeschriebenes Pensum in 10 Stunden zu erledigen, sondern daß sie dazu 15 bis 17 Stunden gebrauchen."

Soweit der erwähnte Aufsatz. Es ist freilich anzunehmen, daß manchem deutschen Industriellen, der den Artikel der „Berliner Börsen-Zeitung" liest, das Herz höher schlägt bei dem Gedanken, daß vielleicht solche Arbeitsmethoden im Dienste des Profits auch in Deutschland einzuführen waren. Es ist Sache der organisierten Arbeiterschaft, dafür zu sorgen, daß solche Ausbeutungsgelüste, wo sie auftauchen sollten, sofort im Keime erstickt werden.

Uns interessiert an der Angelegenheit aber noch ein anderes. In der **Tschechoslowakischen Republik** ist der Achtstundentag gesetzlich eingeführt. Auch die Ratifikation des Washingtoner Abkommens über die Arbeitszeit ist von diesem Staate ausgesprochen worden. **Wie reimt sich aber das zusammen mit den notorischen Arbeitszeitüberschreitungen, wie sie in dem Batafschen System begründet liegen?** Bata legt seine Erzeugnisse zum großen Teil im Ausland ab, und zwar in Ländern, in denen mit unwürdigen Arbeitsbedingungen, wie sie bei Bata bestehen, längst aufgeräumt ist. Nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern für das Ausland überhaupt wird deshalb die Frage akut, ob man sich das soziale Dumping, das Bata betreibt, auf die Dauer gefallen lassen soll. Die Schuhmacherschaft in England denkt bereits daran, bei der Regierung ein **Einfuhrverbot** durchzusetzen für alle Auslandsgüter, die unter schlechten Arbeitsbedingungen produziert werden. Auch die Schuhmacherverbände Norwegens, Schwedens, Dänemarks und Finnlands haben in ähnlichem Sinne gegen Bata Stellung genommen.

Rationalisierung — Leistungssteigerung

Die Rationalisierung in der Eisen- und Stahlindustrie hat zu einer ungeheuren Erhöhung der Leistungsfähigkeit geführt. Im jüngst erschienenen sehr lehrreichen Jahresbericht des **Arbeiterrats Greß-Hamburg** für 1926 seine amtliche Zentralstelle ähnlich der Arbeiterkammer für Bremen ist darüber folgendes zu entnehmen:

„Es wurden hergestellt:

Jahr:	Tonnen Roheisen	Anzahl der Hochöfen
1913	910,000 (Monatsdurchschnitt)	204
1924	650,000 (Monatsdurchschnitt)	138
1925	735,000 im August	96
1926	850,000 im August	81

Kamen im Jahre 1925 auf einen Hochofen etwa 7500 Tonnen Erzeugung pro Monat, so stieg die Zahl 1926 auf über 10,000 Tonnen, was eine Steigerung von 30 Prozent für den Ofen ausmacht. Die Zahl der im Betrieb befindlichen Hochöfen ging 1926 um weitere 12 auf 81 zurück, trotzdem aber stieg die Gesamterzeugung um 16 Prozent. Die Zahl der Arbeiter wurde stark verringert: im Jahre 1925 waren etwa 21,000, 1926 nur noch 17,000 Arbeiter beschäftigt. Die durchschnittliche Tagesleistung eines Arbeiters stieg mithin innerhalb eines Jahres von 1,17 Tonnen auf 1,67 Tonnen Roheisen oder um 43 Prozent.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der **Rohstahlerzeugung.** Im Jahre 1925 betrug die Gesamtproduktion monatlich durchschnittlich 1,010,000, 1926 etwa 1,250,000 Tonnen, die Arbeiterzahl wurde dagegen von 28,000 auf 25,000 herabgesetzt. Die Tagesleistung des Arbeiters erhöhte sich somit von 1,2 auf 1,6 Tonnen Rohstahl oder um 33 Prozent."

Die **Kohlenproduktion Deutschlands** stieg, wie wir einer anderen Quelle entnehmen, von Hodeisen um 57 Prozent von 1924 auf 1925 und um weitere 33 Prozent von 1925 bis 1926. Die Kohlenförderung ist jetzt doppelt so groß wie vor dem Kriege. Demgegenüber betrug die Steigerung der Leistungsfähigkeit von 1924 bis 1926 in Frankreich weniger als 10 Prozent, in Belgien 12 Prozent, in den Vereinigten Staaten 17 Prozent. Unter normalen Umständen hätte die außerordentlich schlechtere Ergiebigkeit der Arbeit zu einer erheblichen Preissteigerung führen müssen. Trotzdem sind die Preise, dank der Tätigkeit der Kartelle, seit September 1925 nicht zurückgegangen, ja, sie wurden vielfach noch erhöht. Wenn der Stahltrust dennoch keine größere Dividende verteilt, als in seinem jüngsten Bericht mitgeteilt wurde, nämlich 3 Prozent für das erste Halbjahr (6 Prozent pro Jahr), so ist dazu, wie im „Manchester Guardian Commercial" ausgeführt wird, nur der Umstand schuld, daß der Trust außerordentlich hoch kapitalisiert wurde. Das Aktien- und Anleihekapital, wofür Zinsen und Dividenden aus dem Reingewinn gezahlt werden müssen, wurde derart hoch angesetzt, daß die Dividende trotz außerordentlich großer Gewinne verhältnismäßig niedrig erscheinen muß.

Die Rationalisierung im **Bergbau** hat 1926 ebenfalls große Fortschritte gemacht. Würden 1913 etwa 5 Prozent der Förderung auf mechanischem Wege gewonnen, so steigerte 1925/26 die große Zahl der eingesetzten Kohlengewinnungsmaschinen diesen Prozentsatz auf rund 50 Prozent. Für den Abbau sich weniger lohnende Zechen wurden unter Entlassung der Arbeiter stillgelegt. Trotz erheblicher Belegschaftseinschränkung ist die Kohlen-, Koks- und Brikettgewinnung gegen 1921 erheblich gestiegen. Die verminderten Arbeitskräfte leisteten je Schicht rund 6 Prozent mehr als 1913/14, während der Reallohn, bei unvermindert geblieben, teilweise da kurzzeitig Gedingelöhnen durchschnittlich um 1,3 Prozent gesallen ist. Gleichzeitig sind auch die Kohlenpreise nicht etwa gesenkt, sondern für verschiedene Sorten erhöht worden.

Zu den Rationalisierungsgewinnen der Eisenindustrie

gibt die „Kölnische Volkszeitung" aus einem Referat einige Ziffern bekannt, die angesichts der sozialpolitischen Bedeutsamkeit und der Preiserhöhungsabsichten der Eisenindustrie festgehalten werden müssen. Es wird festgestellt, daß im dritten Vierteljahr 1926 gegenüber dem Vierteljahresdurchschnitte des Rekordjahres 1913 die Mehrproduktion an Roheisen 91,5 Prozent, an Rohstahl 111,2 Prozent, an Walzwerkserzeugnissen 99,8 Prozent betrug. Die Leistungssteigerung einzelner Werke illustrieren folgende Ziffern:

	Belegschaft		Produktion
	Prozent		
Gutehoffnungshütte	Rückgang 8,9	Steigerung	71,6
Vulkanwerke Duisburg	„ 19,2	„	60,3
Thyssenhütte Hamborn	„ 16,3	„	62,0
Krupp Rheinhausen	„ 11,9	„	7,8
Hoesch Dortmund	„ 14,5	„	31,2
Union Dortmund	„ 9,6	„	22,9

Aus der Steigerung der Kopfleistungen von 1926 gegenüber 1913 um 80 bis 97 Prozent wird geschlossen, daß der Achtstundentag und die Wiedereinführung der dreiteiligen Schicht ohne jede Schwierigkeit durchgeführt werden könnte. Es ist nur sehr schade, daß von dieser Auffassung der Zentrumsarbeiterschaft bis zur Regierungspraxis der Zentrumspartei ein so weiter Weg ist.

Aus Statistik und Volkswirtschaft

Das Wachstum der maschinellen Kraft

Der industrielle Fortschritt in Deutschland wird am deutlichsten durch den Zuwachs der motorischen Kräfte in der Industrie gekennzeichnet, über die die letzte Betriebszählung Aufschluß gibt.

Im Jahre 1907 waren in der **Industrie** einschließlich Bergbau und Baugewerbe auf dem jetzigen Reichsgebiet 98 Millionen PS. beschäftigt, im Jahre 1925 125 Millionen. Im Jahre 1907 verfügte die Industrie über Kraftmotoren einschließlich Elektromotoren mit einer gesamten Leistungsfähigkeit von 7,7 Millionen PS., im Jahre 1925 schon über 19,3 Millionen PS. Die Zahl der Beschäftigten ist also um 27,8 Prozent gestiegen, die Kraft der Motoren um 183 Prozent.

Insgesamt verwendeten von den festgestellten 3,5 Millionen gewerblichen Betrieben 35,5 Millionen Kraftmaschinen, elektrische Kraft inbegriffen. Im Jahre 1907 erzeugten die in der Industrie zum Antrieb von Arbeitsmaschinen verwendeten sogenannten Primärmaschinen (Wind-, Wasser- und Wärmekraftmaschinen) rund 6,2 Millionen, Elektromotoren 1,5 Millionen PS. Die Mehrerzeugung der Primärmaschinen ist inzwischen nur auf 6,4 Millionen, die der Elektromotoren dagegen auf 12,1 Millionen PS. gestiegen.

Im Jahre 1907 entfielen auf je 100 Arbeiter 63 PS., im Jahre 1925 schon 112 PS. In den einzelnen Industriezweigen ist diese Entwicklung der Technik noch stürmischer gewesen. So ist z. B. im Bekleidungsgewerbe die Zahl der Beschäftigten fast unverändert geblieben (1,358,000 im Jahre 1907, 1,336,000 im Jahre 1925), die Kraft der Motoren hat sich aber mehr als verdreifacht (11,000 PS. und 137,000 PS.). Im Baugewerbe ist die Zahl der Arbeiter etwas zurückgegangen (von 1,182,000 auf 1,170,000), die Kraft der Maschinen ist aber von 116,000 PS. auf 112,000 PS. gestiegen.

Es entfielen auf je 100 Personen:

	1907	1925
Im Bergbau	220 PS	500 PS.
An der Industrie der Steine und Erden . .	70 „	110 „
An der Eisen- und Metallgewinnung . . .	250 „	600 „
An der Herstellung von Eisen, Stahl und Metallwaren	25 „	60 „
Am Maschinenbau	50 „	120 „
An der elektrotechnischen Industrie, Feinmechanik usw.	30 „	80 „
An der chemischen Industrie	120 „	300 „
An der Textilindustrie	80 „	110 „
An der Papierindustrie und Vervielfältigungsgewerbe	100 „	180 „
An der Leder- und Linoleumindustrie . . .	40 „	90 „
An der Kautschuk- und Asbestindustrie . . .	80 „	170 „
Am Holz- und Schnitzstoffgewerbe	50 „	110 „
Am Nahrungs- und Genußmittelgewerbe . .	90 „	130 „
Im Bekleidungsgewerbe	3 „	9 „
Am Baugewerbe	11 „	30 „

Zur gleichen Zeit wurden auch große Fortschritte in der Verteilung der in der Industrie angewandten mechanischen Energie erzielt, was sich u. a. im Vormarsch der Elektrifizierung äußert: im Jahre 1907 wurden etwa 25 Prozent der gesamten in der Industrie verwendeten Energie elektrisiert, im Jahre 1925 schon 66 Prozent. Zeitdem hat aber die Technik weitere Fortschritte gemacht: heute sind die Fabrikmotoren noch mächtiger, der Grad der Elektrisierung noch höher, die ganze Ausrüstung der Fabriken noch besser, als es vor zwei Jahren der Fall war.

Nach der ungeheuren Entwicklung der produktiven Kräfte müssen bei voller Beschäftigt die vorhandenen Fabriken bedeutend mehr Waren erzeugen, als abgesetzt werden können. Die Industriellen haben sich nun damit geholfen, den Betrieb einzuschränken und Arbeitskräfte abzustoßen. Sie suchen einen Ausweg aus der Sackgasse einzig und allein in der Steigerung der Ausfuhr zu finden. Das ist eine unbedachte, aussichtslose Politik. Letzten Endes beruht der Handel mit dem Auslande auf Gegenseitigkeit. Für die ausgeführten Waren müssen auch wieder Waren hereingelassen werden. Richtig wäre es, mit vollem Druck der vorhandenen Mittel zu arbeiten für den inneren Markt, jedoch durch Verbilligungen erst den Volksverbrauch zu steigern. Die Ueberschüsse aus der Ausfuhr müßten lediglich zur Erwerbung der nötigen Rohstoffe und Lebensmittel bereitgestellt werden.

Das Ledergewerbe nach der Betriebszählung von 1925

Nach den Veröffentlichungen von „Wirtschaft und Statistik" hat die Betriebszählung vom 16. Juni 1925 für die **Lederberufe** folgendes Ergebnis gezeitigt:

Gewerbegruppen Gewerbeklassen Gewerbearten	Zahl der gewerblichen Niederlassungen	Zahl der beschäftigten Personen insgesamt	Zahl der beschäftigten Personen davon weibl.	Verteilung der vorhandenen mechanischen Kraftmaschinen verwendeten Elektro- und Wärme-Kraftmaschinen	Elektromotoren
Gruppe XII: Lederindustrie	33 618	164 650	23 883	36 701	118 465
1 Herstellung von Leder . .	2 191	60 859	7 281	27 710	97 457
a) Gerberei	2 385	52 639	6 606	25 553	87 331
b) Lederzurichtung . .	306	8 220	675	2 157	10 126
2. Herstellung von Treibriemen usw	413	5 877	721	1 394	4 438
3. Herstellung von Leder- und Sattlerwaren . . .	30 500	93 415	15 580	4 727	8 813
4. Herstellung von Kunstleder	21	583	117	103	1 223
5. Herstellung von Linoleum	11	3 916	136	5 670	6 534
Gruppe XVII: Bekleidungsgewerbe . . .	600 906	1 436 215	748 044	27 056	109 797
Davon:					
9 Handschuhmacherei . . .	3 364	12 214	7 185	505	897
10. Schuhindustrie u. Handw.	167 374	397 968	76 733	7 717	49 634
a) Herstellung von Lederschuhen	164 125	384 479	64 416	7 022	44 502
b) Herstellung von Stoff- und Filzschuhen . . .	3 249	28 481	12 317	695	4 032
Gruppe XX:					
Großhandel mit Leder . .	10 588	43 381	11 433	793	2 326
Einzelhandel mit Schuhen .	14 065	49 277	23 193	3	392

Die Schuhindustrie rangiert in der statistischen Aufstellung unter der Abteilung Bekleidungsgewerbe, für das hier nur die Gesamtzahlen angeführt sind. Unter den Lederberufen nimmt die Schuhindustrie mit ihren 167,374 Betrieben und 397,968 Beschäftigten zahlenmäßig eine überragende Stellung ein. Es ist aber wichtig, zu wissen, daß unter den gezählten Betrieben auch die sehr zahlreichen kleinen Handwerksbetriebe mit inbegriffen sind. Es hat wenig Wert, die Zahl der beschäftigten Frauen, die doch zumeist in den fabrikmäßigen Betrieben tätig sind, zu dieser Gesamtbeschäftigtenzahl im Prozentverhältnis auszudrücken. Vergleiche nach dieser Richtung hin, wie auch sonst Vergleiche über die Entwicklung seit der vorigen Betriebszählung im Jahre 1907 werden sich besser erst ermöglichen lassen, sobald über die Ergebnisse der Betriebszählung erst noch weitere Einzelheiten vorliegen. Anscheinend sind sie auch deshalb noch nicht angebracht, weil in den angeführten Beschäftigtenzahlen die Angestellten und die Unternehmer noch mit enthalten sind.

---

menschlichen will, mit dem es noch vor kurzem auf gespanntestem Fuß lebte und mit dem es nun einen mit klingender Münze bekräftigten Nichtangriffsvertrag abgeschlossen hat usw.

Und inzwischen wird überall gerüstet. England gibt in diesem Jahre für Marinezwecken 50,000,000 Pfund Sterling mehr aus, d. h. 9,985,000 Pfund Sterling. Für die Flottenbasis in Singapore werden weitere 600,000 Pfund Sterling bewilligt. In Italien arbeitet die Kriegsindustrie mit Hochdruck. Zu Ende Jahren wird in der Tschechoslowakei ein Rüstungsfonds von je 250 Millionen angekreiszt. Rußland, das sein Militärbudget in den letzten vier Jahren verdreifacht und so in diesem Jahr auf 1200 Millionen Goldmark gebracht hat, beschäftigt sich intensiv mit den Möglichkeiten des Gaskrieges. In Deutschland „klopft" man Parsaden so gut es eben geht. Selbst der große und fromme, einmalige Generalstabschef der kleinen Schweiz, pockt mit lieblicher Miene auf seinen fest eingenähten Säbel. Und jeder kann mit scheinbarem Recht sagen: die Zeiten sind ruhiger, man muß auf alles gefaßt sein.

Das jedoch ganz bestimmte neue Kriegsgeschrei für Frankreich zeigt vielleicht am besten, was uns bevorsteht, wenn es wieder zu einem Kriege kommt. Es beginnt mit der Bestimmung, daß im Kriegsfalle alle französischen Staatsbürger an der Verteidigung des Landes oder an der materiellen und moralischen Erhaltung desselben teilnehmen müssen, ohne Rücksicht auf ihr Alter und ihr Geschlecht. Damit wird schonungslos ausgesprochen, daß im nächsten Krieg nicht nur die Menschen an der Front hingemaht und Dörfer und Städte an der Front und in unmittelbarer Nähe zerstört werden, sondern daß sich das ganze Land verteidigen muß, weil es um die Berührung des ganzen Landes und aller darin ansässigen Menschen geht.

„Staaten, die für den Krieg organisiert sind", sagt Wells in einer Geschichte unserer Welt, „führen ebenso sicher Krieg wie Hennen Eier legen." Und was Wells im Zusammenhang mit dem letzten Krieg sagt, gilt auch für den nächsten:

„Von wirklichem Interesse ist nicht so sehr die Frage, wie der große Krieg begann, als vielmehr die, weshalb er nicht vermieden und verhindert wurde. Es ist weitaus bezeichnender, daß Millionen von Menschen zu patriotisch, zu dumm oder zu gleichgültig waren, um dem Unheil durch ein friedliches und großes Streben nach Einhalten in Europa zu steuern, als daß eine kleine Anzahl von Leuten einzig darum gewesen sein mag, es heraufzubeschwören."

Wer Ohren hat zu hören, der höre!

Ein merkwürdiger Schlichtungsausschußvorsitzender

Ein Schlichtungsausschußvorsitzender mit recht merkwürdiger Einstellung ist der des Schlichtungsausschusses in Potsdam, der frühere Oberpräsident in Ostpreußen, August Winnig. Von ihm ist zu berichten, daß er schon zahlreiche Landbundveranstaltungen durch seine Vorträge interessant gemacht hat und Artikelschreiber für Landbundzeitungen ist. Dagegen wäre an sich nichts einzuwenden, wenn das, was er sagt und schreibt, den Charakter der Unparteilichkeit und Objektivität tragen würde und sich mit seiner Eigenschaft als Staatsbeamter vereinbaren ließe. Wie es mit der Unparteilichkeit und Objektivität aber bestellt ist, beweisen folgende Angaben:

Am Donnerstag, 20. Januar 1927, fand die Generalversammlung des Junglandbundes Ostpriegnitz in Pritzwalk statt, in der August Winnig ein Referat über das Thema „Staat und Arbeiter" hielt. Zu diesem Referat sind, nach dem „Kurier für die Prignitz", Nummer 18, folgende Bemerkungen gefallen:

„Als dann aber der Krieg immer länger und länger dauerte, gewann der fremde Einfluß wieder die Oberhand und zermürbte das Volk bis zum 9. November 1918, bis zum Zusammenbruch des Reiches. Deutschland wurde waffenlos gemacht, nicht durch die Feindmächte, die es nie und nimmer geschafft hatten, sondern durch den Entwaffnungsgeist in Deutschland, der durch den Parteiegoismus genährt wurde."

So redet ein Mann, der sich als früherer Sozialdemokrat selbst gegen die Lüge des Dolchstoßes verteidigen mußte, und der genau weiß, daß selbst raffinierte Führer des kaiserlichen Heeres die Ueberlegenheit der gegenwärtigen Feindmächte als Hauptursache der deutschen Niederlage bezeichnen. In dem erwähnten Pritzwalker Vortrag sprach Winnig noch dem Bericht des „Kurier für die Prignitz" auch folgendes aus:

„Die heutige Arbeiterbewegung ist mit nichts anderem beschäftigt als mit Lohn- und Versorgungsfragen, was an sich durchaus berechtigt ist, aber wenn man sich ohne Idealismus nur damit beschäftigt, so kommt man nicht zum Ziel, denn materielle Erfolge zerrinnen einem vielfach zwischen den Händen."

Diese Worte spricht ein Mann, der selbst mehrere Jahrzehnte das Brot der Arbeiterbewegung genossen hat und noch zur Zeit seiner Schlichtungsausschußtätigkeit wiederholt anerkannte, daß die Arbeiterbewegung keineswegs den Verwurf verdient, bloße Lohnbewegungsmaschine zu sein.

Beachtung verdient dann auch ein Aufsatz, den August Winnig in den „Mitteilungen Landbund Ostpriegnitz", Nummer 11, und „Landbund Angermünde", Nummer 50, Jahrgang 1926, unter der Ueberschrift „Unser Weg" veröffentlichen läßt. Der Aufsatz klingt in folgende Bemerkungen aus:

„Es gibt keinen „Ausweg". Es gibt keine Gesundung durch Zeitgewinn, durch Arbeitskünste, durch amtliche Wirtschaftserhebung. Es gibt hier nur eine Lage von niedersächsischer Deutlichkeit. Es gibt 20 Millionen Deutsche zuviel. Das sind fünf bis sechs Millionen Arbeiter mit ihren Frauen und Kindern. Sie müssen entweder durch Entbehrung und Verelendung wegsterben, oder sie müssen im Durchbruch die Rettung versuchen."

Als der berüchtigte frühere Ministerpräsident Clemenceau die Erklärung abgab, daß es in der Welt 20 Millionen Menschen zuviel gibt, ging ein Sturm der Entrüstung durch die Völker. Heute stellt sich ein deutscher Staatsbeamter hin und erklärt, daß es 20 Millionen Deutsche, und zwar ausgerechnet Arbeiter mit ihren Frauen und Kindern, zuviel gibt. Von einem Zuviel an Unternehmern, Pensionsempfängern und Volksausbeutern steht in Wilhelm Winnigs Artikel nichts zu lesen.

Bei der zekennzeichneten und geradezu empörenden Einstellung des Schlichtungsausschußvorsitzenden August Winnig darf man sich nicht wundern, daß das Vertrauen der Arbeiter zu seiner Amtsführung immer mehr verschwindet. Es ist Aufgabe der vorgesetzten Behörde, sich der Sache anzunehmen und den famosen Schlichtungsausschußvorsitzenden ganz energisch in seine Schranken zu verweisen.

Merkwürdige Einheitsapostel

Die an den russischen Faden zappelnden KPDisten haben bei den soeben stattgefundenen Wahlen in Oesterreich einen niederschmetternden Reinfall erlebt. Zum inneren Zerfall der Kommunistischen Partei, der sich in Deutschland in fortgesetzten Auseinandersetzungen und Zersplitterungen äußert, hat jedenfalls die unmögliche Gewerkschaftspolitik der KPD. nicht wenig beigetragen. Die Arbeiterschaft durchschaut das nichtsnutzige Paroler- und Phrasengeschimmel und erkennt die Gefahr, welche die kommunistischen Rezepte im speziellen auch für die Gewerkschaftsbewegung heraufbeschworen wurden.

Rußland hat es trotz der bitteren Erfahrungen aber immer noch nicht aufgegeben, nach der alten Schablone den Streit und Zwist in den Arbeiterorganisationen des Westens neu zu schüren. Die beliebteste Methode ist, durch Verleumdung und Beschimpfung zu versuchen, das Vertrauen der Mitglieder zu den Gewerkschaftsleitungen zu untergraben. Ab und zu erscheint ein russisches Pamphlet, genannt Internationales Lederarbeiter Bulletin, das an Verleumdungen und Verdächtigungen jedesmal den Gipfel erreicht. Gegenüber unserer Verbandsleitung wird jetzt in diesem Erzeugnis die schon in der Kommunistenpresse gebrachte dauerlutsche verlogene Behauptung wiederholt, unser Hauptvorstand hätte einem Tarifvertrag zugestimmt, der die 58 Stunden Woche vorsieht und wie die sonstigen verlogenen Anwürfe jener Presse außerdem noch lautet.

Wie werden doch die Vertreter des Kapitalismus sich innerlich belustigt haben über eine solche famose Hilfe durch die deutsche und die russische KPD.! Bei der denkenden Kollegenschaft in Deutschland werden die Jugendentleerungen allerdings das gegenteilige Gefühl auslösen, als wie, man sich in Rußland traumen läßt. Man weiß heute in den Kreisen der Kollegen sehr gut abzuschätzen, welch ungeheure Schäden der deutschen Arbeiterbewegung durch die kommunistische Hetzerei entstanden ist.

Die Kollegenschaft in Deutschland wird ein mitleidiges Lächeln haben für die verlogene Behauptung der russischen Tiadtzicher hinter den Kulissen, ihr Vorgehen diene der Herstellung der „Einheitsfront". Die Einheitsfront auch mit dem Teufel, die wird einmal nicht hergestellt werden durch Hinterlistigkeit, durch Verleumdungs- und Beschimpfungsfeldzüge von jener Seite: sie wird nach unserer Ueberzeugung nur möglich werden, wenn man gegenseitig ehrlich Vertrauen zueinander faßt und dieses Vertrauen durch die Tat beweist. Aber aber auf der einen Seite seines Pamphlets den auswärtigen Verbandsvorstand verdächtigt und verleumdet, dem steht es übel an, zwei Seiten weiter darüber sich beschwert zu fühlen, daß der im freundschaftlichen Tone gehaltene Schriftwechsel mit der Lederarbeiter-Internationale seit 1923 nicht mehr besteht. Jedermann sieht nur zu deutlich, wer die Schuld daran trägt.

An zahlreichen Stellen aus der russischen Gewerkschaftspresse konnte nachgewiesen werden, daß man in Rußland alle Ursache hatte, bezüglich der Arbeitsbedingungen im eigenen Lande nach dem rechten zu sehen, anstatt sich in die Verhältnisse der westlichen Bewegung in der genannten Art hineinzumischen. Die Folgen dieser Einmischung in Frankreich, in der Tschechoslowakei und anderen Ländern zeigen der deutschen Kollegenschaft mit unverkennbarer Deutlichkeit, daß sie sich eine solche Einmischung entschieden verbitten muß. In allen Ländern, wo die Kommunisten eigene Gewerkschaften gegründet oder sich an die Spitze gebracht haben, sieht es traurig aus; es ist rapide abwärts gegangen.

Aus dem genannten „Internationalen russischen Lederarbeiter-Bulletin" geht noch hervor, daß man jetzt durch eine Konferenz der „revolutionären" Minderheit der Schuh- und Lederarbeiter Englands versuchen will, auch in die englische Bewegung den Spaltpilz hineinzutragen. Für eine solche Absicht wird sich die englische Organisation bedanken. Auch die Arbeiter Englands haben das Spiel durchschaut. Sie fühlen, daß die kommunistischen Machenschaften eine ungeheure Schwächung der Gewerkschaftsbewegung bedeuten. Die verschiedenen Organisationen treten auch bereits in die Gegenwehr. Der Verband der englischen Gemeindearbeiter hat erst dieser Tage folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Exekutive des britischen Verbandes der angelernten und Gemeindearbeiter hat beschlossen, daß Funktionäre des Verbandes Konferenzen der Kommunisten oder der kommunistischen gewerkschaftlichen Minderheitsbewegung nicht beiwohnen dürfen. Ortsgruppen dürfen Organisationen nicht angehören, die Beziehungen zu kommunistischen Vereinigungen unterhalten. Die Mitgliedschaft bei der Kommunistischen Partei verträgt sich der Resolution zufolge nicht mit einer loyalen Zugehörigkeit zum Verbande."

Ueberall wird den verlogenen Einheitsaposteln, die etwas ganz anderes im Schilde führen, als auf die Einheit hinzuarbeiten, die Tür gewiesen. Auch in Deutschland ist man nicht müßig gewesen, die Sendboten aus Rußland auf Herz und Nieren zu prüfen.

Zu einer Besprechung am 7. Februar anläßlich der Tagung der Exekutive des Internationalen Metallarbeiterverbandes mit Vertretern des russischen Metallarbeiterverbandes wurden diese gebracht, ob sie gewillt seien, im Falle einer Aufnahme in die Internationale die dissidenten Organisationen sowie die kommunistischen Zellen in den Gewerkschaften der einzelnen Länder aufzulösen und ihren Anschluß an die Metallarbeiter-Internale zu veranlassen. Da sich die Russen kategorisch weigerten, dies zu tun, beschloß die Konferenz, für den Augenblick in eine weitere Behandlung dieser Frage nicht mehr einzutreten.

Internationaler Kongreß der Unternehmer

Der diesjährige ordentliche Kongreß der Internationale der Unternehmer der Industrie findet im Monat Mai in der Schweiz, in Zürich, statt. Die „Schweizerische Arbeitgebereizung" veröffentlicht in diesem Zusammenhang einen Artikel, der sich über die Geschichte und den Zweck der Vereinigung wie folgt ausläßt:

„Schon vor dem Kriege hatte sich das Bedürfnis einer Fühlungnahme zwischen den Arbeitgeberverbänden der verschiedenen Länder geltend gemacht. Der Krieg unterbrach dann die dahingehenden Bemühungen. Um so gebieterischer drängte sich ein Zusammenschluß nach Kriegsende unter Beziehungen zwischen den verschiedenen Ländern auf. Die erste internationale Arbeitskonferenz, die in Washington stattfand, gab sich einer geschlossenen Arbeitnehmergruppe gegenübergestellt, die sich auf die internationale Gewerkschaftsorganisation stützte. — Auf Arbeitgeberseite fehlte es dagegen an einer internationalen Organisation und daher auch an einer einheitlichen Vertretung des Arbeitgeberstandpunktes. Aus diesem Grunde wurde schon in Washington die Schaffung einer internationalen Arbeitgeberorganisation beschlossen, und einige Monate später fand in Brüssel die Gründung statt. Diese internationale Arbeitgebervereinigung will in erster Linie diejenigen Fragen studieren, die auf den internationalen Arbeitskonferenzen und vom Internationalen Arbeitsamte behandelt werden."

Zur Zeit umfaßt die Organisation 25 der wichtigsten Industrieländer. Sie unterhält in Brüssel ein ständiges Generalsekretariat, dem ein leitender Ausschuß vorsteht, in dem die hauptsächlichsten Mitgliedsstaaten vertreten sind. Der Kongreß in Zürich wird, abgesehen von Fragen allgemeinen Interesses für die Arbeitgeber, ebenfalls die Tagesordnung der nächsten internationalen Arbeitskonferenz behandeln.

Mitteilungen

Meißen

In der letzten Versammlung wurde Kollege Max Liebel, Meißen, Bismarckstraße 3, als Kassier gewählt. Unterstützungen wie bisher im Gewerkschaftshause Donnerstags von 5—7 Uhr. Für Durchreisende nur im Bureau des Metallarbeiterverbands. Vor Arbeitsannahme bei dem „Hans" Schuhfabrik erkundet wir bei uns Erkundigungen einzuziehen.

Mühlhausen (Thür.)

Am 3. Mai laufenden Jahres jährt sich der Tag, an dem vor 30 Jahren die heutige Zahlstelle des damaligen Vereins der deutschen Schuhmacher gegründet wurde. Verschiedene Versuche schon in den vorhergegangenen Jahren, eine Zahlstelle aufzumachen, scheiterten an der Interessenlosigkeit der damaligen Schuhmacher. Der Zahlstellenleiter Wilhelm Jahn die Kollegen, welche sich dieser Arbeit unterzogen hatten, daß ihren Bemühungen damals leider kein Erfolg beschieden war. Anders, als nun vor 30 Jahren wieder siebzehn die Zahlstelle errichten, um die heutige Zahlstelle aufzubauen. Durch die Industrialisierung einiger Betriebe, es waren drei, war der Boden geschaffen, auf dem der Gedanke ein einem festen Gebäude für den Verband errichtet wurde. Mit Hilfe der innern Organisation mußten verschiedene Lohnkämpfe geführt werden, die meist mit einem Erfolg für die Kollegen beendet wurden. Kollege Simon, stetige Mitglieder und stetige Werbefleißige dieses, die und jahrer mitarbeiten haben und so die Zahlstelle der Zahlstelle; verdeutlichen, was uns allen noch in unter Erinnerung ist. Wir haben am Ort noch eine Reihe von Kollegen, die den Aufbau an der Organisation anerkennen. Hatte der Werkkreis noch Kollegen in diese Reihen aufnehmen, würde ihr Jahr noch bedeutend höher sein. Auch kennt das Ziel bereits uns manche Kollegen entreißen, die treuen Pfeiler der Organisation einbrechen, die uns heute fehlen. Besonders einer ist zu erwähnen, der Kollege Chr. Heitzer, der uns vorbildlich in jeder Beziehung war und dessen Anfenten wir erhalten wird. In dem laufenden Jahre haben wir drei Mitglieder, die ihr 25jähriges Verbandsjubiläum begehen können, die Kollegen Emil Schmidt, Gustav Lehmann und Paul Zprunn. Wir wünschen allen dreien eine gesunde Körperliche, kann sie uns noch lange erhalten bleiben, um als erprobte Kämpfer den jüngeren Kollegen lehrreich ein Verbild zu sein.

Fahrnau

Am 6. April fand in Fahrnau wegen Unaktivitätserklärung der Betriebsratswahl bei der Firma Gebr. Kraft, Fahrnau, Gerichtstermin statt. Die Klage der christlichen Organisationen wurde abgewiesen, und zwar aus folgenden Gründen:

Nach § 5 der Wahlordnung zum BRG. müssen die einzelnen Wahlvorschlagslisten von mindestens drei Wahlberechtigten unterschrieben sein. Es ist unbestritten, daß die Unterschriften auf der Wahlvorschlagsliste der Christlichen Gewerkschaft deicht haben. Der Wortlaut des § 7 der Wahlordnung geht klar und unzweideutig dahin, daß eine Unaktivierung vorliegt, wenn die Vorschlagslisten nicht die erforderlichen Zahl von Unterschriften tragen. Die Klage des Vertreters der Angestellten kam, daß Wahlvorstand die Pflicht gehabt habe, auf die manchenden Unterschriften hinzuweisen und die Verhandlungen zu beseitigen, nicht geht. Der Vertreter des Wahlvorstandes nach § 6 der Wahlordnung verpflichtet sich nur auf allfällige Fehler, alle auf die Vollständigkeit der Listen keinen Einfluß ausüben, dagegen unrichtige Angabe des Wahlvorstandes eines Vorschlagsmachers: Hatte der Wahlvorstand im Sinne des Anfechtungsvertreters die unbeachtet Liste des Christlichen Gewerkschaftskartells zur Nachzählung der fehlenden Unterschriften zurückgegeben und die Liste nachträglich angenommen, so hätte dies Verfahren für die übrigen Vorschlagslisten den Nachteil gehabt, daß die Wahl unzulässig gemacht. Es war daher die am 21. März 1927 somit noch rechtzeitig der Anfechtungsklage einzustellen: Anfechtung als unbegründet zurückzuweisen.

Auch ohne diese vom Gericht erstattenden Gründe hätte die Klage abgewiesen werden müssen, denn einer nicht im Betriebe beschäftigten Person steht keine Anfechtung der Wahl zu. Das hätten die hinzugezogenen Beisitzer-Richter von der christlichen Zahlstelle wissen sollen.

An die Polizeibeamten Groß-Berlins

wendet sich der Allgemeine Preußische Polizeibeamtenverband mit folgendem Aufruf:

Kollegen! Am 7. und 8. Mai veranstalten die sogenannten „Vaterländischen Verbände", insbesondere der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, ein Treffen im republikanischen Berlin. Es ist damit zu rechnen, daß diese Veranstaltung zu Zusammenstößen mit Radaubrüdern führt und Bluts- und Todesopfern erfordern werden. Der schon nicht leichte Dienst der Polizei wird dadurch noch beträchtlich erschwert. Kollegen! Da heißt es klaren Kopf und starke Nerven haben. Die Ruhe und Besonnenheit nicht verlieren! Insbesondere aber muß die Polizei gerade an diesem Tage ihr ihres Eides und ihres Amtes sich ergebenden Pflichten bewußt sein, nämlich: das Ansehen der Republik zu wahren und diese zu schützen! Schließlich! Denkt am 7. und 8. Mai daran, daß ihr republikanische Polizeibeamte sind, daß man auf euch und an diesem Tage ganz besonders sieht. Tut euren Dienst, daß es die Republik von euch verlangt, und seid euch eurer großen Aufgabe bewußt! Zeigt euch von seiner Seite provozieren! Vor allem haben die Augen auf! Meldet uns, eurem Verband, eure Wahrnehmungsschlüssen sofort, wenn ihr an Dinge beteiligt oder verwandt werden seid, die ihr als Republikaner nicht tun dürft. Wir sind dessen sicher, Kollegen, daß ihr gerade an diesem Tage aber Wert legt, daß die Berliner Polizei „republikanisch treu und verlässlich" ist. Besondere Gerüchte bitten wir uns sofort mündlich oder telephonisch zu melden. Unser Verbandsbureau richtet für den 7. und 8. Mai Tagesdienst ein.

Der Vorstand des Allgemeinen Preußischen Polizeibeamten-Verbandes:

Bernarck Klenz Hildebrandt.

Literatur

Die neueste Nummer der „Frauenwelt", Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Preis 30 Pfg., mit Schnittmusterbogen 40 Pfg., weist sehr deutlich auf die Wichtigkeit der Modenmonitation hinzuweisen. Die „Frauenwelt" bringt außerdem wertvolle Anregungen für Küche, Kleidung und Haushalt und wird dadurch zum unentbehrlichen Ratgeber für jeden Tretestarbeitsmarkt.

Das große Parteimonnaie des Bürgerblocks, das gierig auf Beute lauert, ist das Titelbild der neuen Nummer 17 von „Lachen Links". Mit vielen Zeichnungen bekannter Künstler wie Karl Holt, Wilhelm Arntz, Jacobus Belkin, Hans Baluschek, Willi Steinert, Hermann Abeling und Herbert Anker mit Witz und Satire, wird uns das Spiegelbild unserer Zeit vorgehalten. „Lachen Links" kostet pro Nummer 25 Pfg. Bezug durch die Volksbuchhandlungen.

Des Vaterlandes Dank ist euch gewiß! So hieß es einmal, doch die neue Nummer 17 der „Illustrierten Reichsbanner-Zeitung" sagt uns ein anderes Bild. Groß ist das Elend unserer Kriegsbeschädigten, das uns Chr. Plander, der weste Vorsitzende des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, schildert: drastisch und schrecklich die Abbildungen als der Vertümmelnden, die der große Krieg hinterließen. Die „Illustrierte Reichsbanner Zeitung" kostet pro Nummer 25 Pfg. Zu beziehen durch jede Buchhandlung und Postanstalt.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes

Vom 1. Mai bis 7. Mai 1927 ist der 19. Beitrag fällig.

Der neue Reichstarifvertrag für die Schuhindustrie

ist wieder in Hefteform erschienen und den Ortsverwaltungen zugesandt worden. Die verbindenden Bestimmungen sind erteilt. Weitere Bestellungen sind an die Ortsverwaltungen zu richten, die sie dann an den Vorstand einsenden. Das Heftchen kostet — einschließlich Porto — 15 Pf. Die Anschaffung des Reichstarifvertrages ist den Kollegen dringend zu empfehlen.

Betrifft: kurzarbeit und Beitragsbefreiung

Auf Grund des geltenden Statuts setzen die durch kurzarbeit befreiten Wochen nicht mehr als gezahlte Beiträge. Bei Ausstellung von Mitgliedsbüchern für abgelaufene Mitgliedskarten ist daher in den Zahlstellen dann besonders darauf zu achten, daß in der Karte 52 gezahlte Beiträge geklebt sind. Für diejenigen Mitgliedskarten, in denen keine 52 gezahlte Beiträge geklebt sind, kann ein Mitgliedsbuch nicht ausgestellt und müssen diese Karten zwecks Weiterklebens zurückgesandt werden.

Betrifft: Briefanschrift an den Zentralvorstand

Wir ersuchen unsere Ortsverwaltungen und Kollegen, sowie alle Personen, Korporationen und Firmen, die mit dem Hauptvorstand des Zentralverbandes der Schuhmacher korrespondieren, die Anschrift für alle Postsendungen an uns wie folgt zu wählen:

An den

Zentralverband der Schuhmacher

Nürnberg 1, Postfach

Wenn die Bezeichnung: „Nürnberg 1 Postfach" hinzugefügt wird, so gelangen wir schneller in den Besitz unserer Postsendungen. Gleichzeitig sei wieder darauf erneut, daß für die Redaktion des „Schuhmacher" Gedrucktes zur Beschleunigung direkt an die Redaktion zu adressieren ist.

Genehmigung von wöchentlichen Extrabeiträgen

Auf Grund des § 6 Ziffer 1 des Statuts wurde der Zahlstelle Celle die Genehmigung erteilt, vom 27. März ab. Beitragswoche ab einen Lokalbeitrag von 10 Pfg. pro Mitglied und Woche zu erheben.

Wir machen darauf aufmerksam, daß jedes Mitglied verpflichtet ist, diesen Lokalbeitrag zu bezahlen und daß bei Nichtbezahlung desselben Ausschluß aus dem Verbande gemäß § 8 Ziffer 2a des Statuts erfolgen kann.

Nürnberg, den 30. April 1927. Der Vorstand.

Druck: Fränkische Verlagsanstalt u. Buchdruckerei G. m. b. H., Nürnberg.
Verlag: Zentralverband der Schuhmacher (A. Simon), Nürnberg.
Schweinemarktplatz 1.

Wie werde ich Modelleur?

Dieses Ziel erreichen Sie am leichten durch den Besuch der bekannten Spezial-Modellfachschule

J. Kröner, Bamberg (Bayern)

Prosp. 2 durch die Fachschule von Berufsfachschulen der Schuh- und Schäftefabrikation. Drei Modellierabteilungen, gediegene Zeichnung, neue komplette Maschinen, der vom Modellfach erhalten, sind verbunden. Eintritt jeder 1. und 15. des Monats. Prima Referenzen. Prospekt gratis. Die Fachschule ist einzig in ihrer Art.

Neue Maßnahmenbildung!

Nachruf

Nach kurz Jahrzehnt Krankheit im Alter von 47 Jahren unser langjähriges Mitglied der

Wilhelm Krause

Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle Nowawes.

Modell-Winkel

Redaktionspreis. Fachschriften vom Modellieren, Schäftezeichnen, Leder Abfassungen.

H. Franke, Arkern 17

Jeden 10. Tag neuer Gelegenheiten

Georg Geißler

nebst seiner Ehefrau Anna und Tochter Hertzel

Gesucht!

Zahlstelle Krausch

Tüchtiger Fachmann

gesucht. Zuschriften unter Nr. 17 an den Ver. gerecht an Zuschneider, o. d. Fabrikarbeitsgemeinschaften, sowie Leisten und Polieren. Guter Lohn, dauernde Arbeit.

sucht sofort Stellung

Gefl. Angebote unter Nr. 17 an die Zahlstelle Pirna.

Perfekter Maschinenzwicker

Angebote mit Angabe der Gehaltsansprüche

Bruno Seyring, Dresden-A. 16

Schuhmacher-Jobst

Zwickmaschinen-Jobst